



Rohstoffe und Entwicklung

Governance und Menschenrechte

Ausgangssituation

Für Entwicklungs- und Schwellenländer liegt im Rohstoffsektor der Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die Förderung von Rohstoffen kann u.a. zu mehr Staatseinnahmen oder Beschäftigung führen. Trotzdem gelingt es vielen Ländern nicht von ihrem Rohstoffreichtum zu profitieren. Wie können sie das Potenzial des Rohstoffsektors nutzen, und eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der *Agenda 2030* erreichen? Das gelingt nur, wenn der Nutzen bei den Menschen vor Ort ankommen kann - durch Wertschöpfung, Steuern, Löhne, und wenn der Abbau der Rohstoffe gerecht und klimaverträglich ist. Der Rohstoffsektor muss so gesteuert werden, dass Folgen für Umwelt, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit begrenzt werden.

Eine wichtige Orientierung bietet der *Marshallplan mit Afrika* der deutschen Bundesregierung mit den drei Säulen: Wirtschaft und Beschäftigung; Frieden, Sicherheit und Stabilität sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Der Plan stellt sich u.a. wichtigen Herausforderungen im Rohstoffsektor wie der Eindämmung des Handels mit Konfliktmineralen oder verantwortungsbewusstem Rohstoffabbau in afrikanischen Partnerländern. Ferner nimmt sich der deutsche *Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte* (NAP) diesen Herausforderungen weltweit an, indem er Leitlinien für faire Liefer- und Wertschöpfungsketten aufzeigt.

Ziel

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit trägt weltweit zur guten Regierungsführung im Rohstoffsektor bei, indem sie Lösungsansätze entwickelt, die im nationalen und internationalen Politikdialog verstärkt aufgenommen werden.

Vorgehensweise

Nationale und internationale Politik gestalten. Zusammen mit der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) unterstützt das *Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung* das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) dabei, das Potenzial des Rohstoffsektors optimal auf die Umsetzung der Agenda 2030 auszurichten. Dies erfolgt gemeinsam mit anderen Akteuren und internationalen Initiativen, wie der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI), der *Weltbank*, oder dem *Intergovernmental Forum on Mining, Minerals and Metals for Sustainable Development*.

Transparenz im Rohstoffsektor schaffen

Transparenz bei der Erkundung von Rohstoffen über die Konzessionsvergabe bis hin zu Handel und Weiterverarbeitung, ist ein wichtiger Schritt. Bei der EITI steht die Weiterentwicklung des Transparenz-Standards im Fokus. Das Programm berät das BMZ bei der stärkeren Ausrichtung der Initiative auf Wirkungen und Ergebnisse und kooperiert hierzu mit der Weltbank, dem internationalen EITI-Sekretariat und anderen Vorhaben in Partnerländern.

Faire Liefer- und Wertschöpfungsketten ausbauen

Neben EITI unterstützt die GIZ die Bundesregierung auch in anderen Multi-Akteurs-Partnerschaften (SDG 17) und Prozessen, beispielsweise zum Ausbau von fairen Liefer- und Wertschöpfungsketten, durch die *European Partnership for Responsible Minerals* (EPRM). Verantwortung entlang der Lieferkette wird immer wichtiger. Konsument*innen wollen sicher sein, dass die Rohstoffe in ihren Produkten verantwortungsbewusst abgebaut wurden und nicht zu Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden beigetragen haben. Die EPRM ist eine Begleitmaßnahme zur Umsetzung der EU Verordnung für Konfliktminerale.

Quick Facts	
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Laufzeit	2018 – 2021
Volumen	6 Millionen Euro
Auftragsverantwortung	Johanna Beate Wysluch

Entwicklungspolitische Strategien und Konzepte zu guter Rohstoffgovernance

Das Programm berät das BMZ bei der Neuausrichtung der Rohstoffstrategie nach den Prinzipien der *Agenda 2030*. Dafür generiert das Programm neue Ansätze und Instrumente in den Partnerländern, die dort entwickelt und erprobt werden. Besonders aktuell sind Aktivitäten zum Thema wie die klimasensiblen Gestaltung des Bergbaus und deren Nutzung von Erneuerbarer Energien im Bergbau, um internationale Klimaschutzziele einzuhalten und den umliegenden Gemeinden eine zusätzliche Energiegrundversorgung zu ermöglichen. Ein weiteres Thema ist die zunehmende Automatisierung im Bergbau sowie ihre Auswirkung auf das Beschäftigungspotenzial des Sektors. U.a. geht es dabei um Fragen des Nutzens neuer Digitalisierungstrends (z.B. Blockchain) und deren Auswirkungen für die Partnerländer.

Wirkung

Einhaltung der Menschenrechte im Bergbau – Beitrag zu übergeordnetem Prinzip der Agenda 2030 „Leave no one behind“

In Mauretanien wurden menschenrechtliche Risiken im Rohstoffsektor identifiziert und die Projekte vor Ort dabei unterstützt mit diesen Risiken umzugehen.

Mobilisierung von Eigeneinnahmen

Ein Risikobewertungs-Tool für die Bekämpfung des Missbrauchs von internen Verrechnungspreisen im Bergbausektor wurde erarbeitet. Mit Hilfe der Handreichung können Steuer-

behörden der Partnerländer der deutschen EZ Risiken für illegale Verrechnungspreistransaktionen schnell evaluieren.

Gendermainstreaming im Rohstoffsektor

Als Teil der Multi-Akteurs-Partnerschaft *Women's Rights & Mining* trägt das Programm dazu bei Interessengruppen im Bergbau zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit zu bewegen und so die Rechte von Frauen und Mädchen im Sektor zu wahren.



Stärkung lokaler Wertschöpfung

In Zusammenarbeit mit der kanadischen Nichtregierungsorganisation *Engineers Without Borders* entstand ein neues Tool – der *Local Procurement Reporting Mechanism* – das lokale gegenüber der ausländischen Wertschöpfung fördert und sich damit positiv auf die lokale Wirtschaft in rohstoffreichen Ländern auswirkt.



Nachhaltige Rohstofflieferketten schaffen

Das Sektorprogramm treibt Forschung und Dialog zum Thema Zusammenarbeit und Harmonisierung von Lieferkettenstandards voran. Dies wirkt der Unübersichtlichkeit entgegen, die aus der Vielzahl von entstehenden und bereits entwickelten Standards resultiert.



Einsatz Erneuerbarer Energien im Bergbau

Durch internationales Trendsetting werden ressourcenreiche Entwicklungsländer dabei unterstützt, den Rohstoffabbau durch die Integration Erneuerbarer Energien klimasensibel zu gestalten.



Online-Portal zur Bekämpfung illegaler Finanzströme

In Zusammenarbeit mit der *Revenue Development Foundation* wurde eine Onlineplattform entwickelt, um illegale Finanzströme zu bekämpfen. Das Portal bietet einen grenzübergreifenden Ansatz, der es den Zollbehörden erleichtert zur Eindämmung des illegalen Goldschmuggels beizusteuern.



Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft

Bonn und Eschborn

Adresse:

Friedrich-Ebert-Allee 36
53113 Bonn
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66
E info@giz.de
I www.giz.de

Programm:

Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung – X4D
I www.bmz.de/rue

Kontakt:

Johanna Beate Wysluch
johanna.wysluch@giz.de

Layout:

creative republic, Frankfurt

URL-Verweise:

Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Status: Juni 2019

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung